

## **Mail von KTA Just vom 11. Dezember 2020 an LR Ambrosy**

### **Anträge zum Kreishaushalt 2021**

für die Kreistagssitzung am 14.12.2020

Sehr geehrter Herr Ambrosy,

zur kommenden Kreistagssitzung stelle ich zum Haushalt 2021 folgende Anträge:

1. Die Kreisumlage wird entsprechend der Forderung aus den Kommunen auf 43,5 statt 46 Punkte gesenkt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Investitionspläne von 2021 bis 2024 mit dem Ziel zu überarbeiten, die bisher geplante Nettoneuverschuldung von gut 50 Mio. € um die Hälfte, also 25 Mio. €, zu senken.

### **Begründung**

Zu 1. In der Stellungnahme der Stadt Varel zur Kreisumlage, der sich die meisten Kommunen angeschlossen haben, wird gefordert, das Volumen der Kreisumlage bei wie zunächst geplant 48,5 Mio. € zu belassen und nicht um 2,6 Mio. € auf gut 51 Mio. € zu erhöhen. Das entspräche einer Absenkung der Kreisumlage von geplant 46 Punkten um weitere 2,5 Punkte auf dann 43,5 Punkte. Um einen gerechteren Ausgleich zwischen den Haushaltsdefiziten zu erreichen, die sich bei den Kommunen auf über 9 Mio. € belaufen und beim Kreis auf knapp 1 Mio. €, halte ich diese Forderung für berechtigt.

Zu 2. Laut Finanzplanung bis 2024 steigen unsere Schulden in den nächsten 4 Jahren um über 50 Mio. € von gut 30 Mio. € auf dann über 80 Mio. €. Wir erreichen damit wieder das Höchstniveau von 1995. Eine in 25 Jahren mühsam erreichte Schuldensenkung wird in nur 4 Jahren wieder zunichte gemacht. Da wir wissen, wie mühsam es sein wird, Schulden dieses Ausmaßes wieder abzubauen, gilt es den Anstieg um 50 Mio. € unbedingt zu vermeiden. Die Verwaltung sollte daher beauftragt werden, den Investitionsplan bis 2024 dahingehend zu überarbeiten, dass die Nettoneuverschuldung um mindestens die Hälfte, um 25 Mio. €, geringer ausfällt. Dazu sind Investitionen, die zwar wünschenswert, aber nicht zwingend notwendig sind und notwendige, aber nicht dringliche Investitionen im Umfang von 25 Mio. € aus der Planung bis 2024 herauszunehmen. Der Einwand, dass von vorläufigen Streichungen und Verschiebungen auch Schulen betroffen sein können, darf uns nicht hindern, die Neuverschuldung so gering wie möglich zu halten, denn durch Erhöhung der Schulden um 50 Mio. € schränken wir unseren Handlungsspielraum bei Schulen künftig ebenso ein und das zusätzlich zu Lasten künftiger Generationen.

Freundliche Grüße

Janto Just

Wählergruppe Freie Bürger

P.S. Ich möchte hinzufügen, dass ich denselben Antrag, die geplante Neuverschuldung bis 2024 zu halbieren, in meiner Kommune genauso stellen werde.